

Unsere Meinung zum ...

## Bürgergeld – ein tödliches Antidepressivum

Je grauer der Himmel, je politikverdrossener der Bürger, je verdrießlicher die Diskussion um Hartz IV, desto sicherer taucht das „Bürgergeld“ aus der Versenkung auf. Es ist wieder einmal soweit – die Anhänger eines „bedingungslosen Grundeinkommens“ machen die ersten Novembertage 2010 zur „Aktionswoche“. Teures Werbematerial wird verteilt, „Die Linke“ trommelt, neue Bücher der Bürgergeldwerber Götz Werner und Dieter Althaus erscheinen, Unterschriften werden gesammelt und natürlich gibt es, wie anders im bürgerbewegten Herbst, eine Demo.

Der Preis klingt heiß, die Aussicht wärmt das Herz: Je nach Modell zwischen 600 und 1000 Euro pro Monat soll jeder Bürger lebenslanglich überwiesen bekommen. Ohne Bedingungen, ohne individuelle Prüfung, was den Wegfall der gesamten Sozialbürokratie ermögliche. Die ganz große Vereinfachung winke auch im Steuersystem durch eine Flat tax auf den Hinzuverdienst (nur bei Althaus, die Linke behält natürlich die Progression). Eine Krankenversicherung für jeden sei selbstverständlich inbegriffen und am Ende gebe es eine schöne Rente. Transfers haben eine befreiende Wirkung, meinen nicht nur Götz Werner, Dieter Althaus und Katja Kipping. Von Existenzsorgen nicht mehr niedergedrückte Menschen würden sich vom Fernseher ab- und wenn nicht wirtschaftlichem, so doch ehrenamtlichem Engagement zuwenden. Es herrsche totale Gerechtigkeit und der Leistungsdruck der alten Arbeitswelt sei überwunden. Jeder mache das, wozu er Lust habe.

Zu „schön“, um wahr zu sein. Steuervereinfachung wäre mit dem Bürgergeld tatsächlich erreichbar, und mancher Grundgedanke klingt in der Theorie durchaus verlockend. Trotzdem wäre das Bürgergeld für die Soziale Marktwirtschaft

Sterbehilfe, nicht Revitalisierung. Die Stiftung Marktwirtschaft bleibt lieber beim Bohren dicker Bretter: Die Dauerbaustelle Demokratie taugt nicht für Tagträume und eine „Sozialrevolution“, die eben mal knapp 600 oder im anderen Fall 914 Milliarden Euro jährlich kostet. Mindestens: Es handelt sich um die geschönte Projektbewerbungskalkulation der Befürworter. In Wahrheit ist das Bürgergeld der Transrapid des Sozialstaats: Risiken und kaum kalkulierbare Verhaltensänderungen werden systematisch unterschätzt. Berechnungen des Sachverständigenrates zeigen, dass Grundeinkommensmodelle nicht sinnvoll zu finanzieren sind. Positive Effekte dagegen werden gern überschätzt, z.B. die angeblichen Vereinfachungsgewinne durch den Wegfall der Sozialbürokratie. Das aber ist Fiktion: Echter Bürokratieabbau bedeutete nämlich Abschied von Einzelfallgerechtigkeit. Die behinderte 60-Jährige, die nicht arbeiten kann, bekommt das gleiche Bürgergeld wie der arbeitsunwillige 19-Jährige? Das hält unsere Gesellschaft nicht aus. Schon die jetzt eingeräumte Teilkapitulation in Form „bedürftigkeitsgeprüfter Zusatzleistungen“ konterkariert die Verheißung vom Bürokratieabbau und führt schließlich – eine Ausnahme rechtfertigt die nächste – zur vollständigen Aufgabe vor heutigen Besitzständen. Am Ende steht das Bürgergeld nicht substitutiv anstelle alter Sozialbürokratie, sondern additiv neben ihr.

Noch schwerer aber wiegt der ordnungspolitische Sündenfall der Abkehr vom Subsidiaritätsprinzip. Der Staat würde vom „Helfer in der Not“ zum allgegenwärtigen Einkommensgaranten, unabhängig von den jeweiligen individuellen Umständen. Nicht mehr der Einzelne ist zuerst für (s)ein Lebensschicksal verantwortlich, sondern die grundsätzlich zuständige Gemeinschaft. Die Prinzipien Leistung und Gegenleistung, Fördern und Fordern

würden aufgegeben – Hilfe wird als Anspruch zementiert und der heutige Druck aufgegeben, eigene Besitzverhältnisse bei Bedürftigkeit offenzulegen und sich um eine reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu bemühen. Dazu machen der vergleichsweise hohe Steuersatz und die ausgeweitete Konsumsteuer Schwarzarbeit deutlich attraktiver – der Anreiz, sich bei freiem Zeitbudget in Bürgergeld plus Schwarzarbeit einzurichten, steigt.

Sieht man also von der Schattenwirtschaftsförderung ab, wird in vielen Fällen das bedingungslos gewährte Bürgergeld wegen verheerender Fehlanreize zur Faulenzerprämie. Wenn einer vierköpfigen Familie – ohne Wohngeld und Sonderleistungen – mehr als 2000 Euro überwiesen werden: Wie viel intrinsischer Motivation bedarf es, damit mindestens ein Elternteil jeden Tag um 6 Uhr aufsteht? Ein Recht auf Überweisung ohne Verpflichtung zur Leistung funktioniert nicht.

Schneller als manchen lieb sein dürfte, würden heute noch verbreitete soziale Normen erodieren. Die innere Verpflichtung, nicht ohne Not auf Kosten der Gesellschaft zu leben, wird abnehmen: Leistungsanreize, die über eine rein monetär-ökonomistische Betrachtungs-

weise hinausgehen, entfallen vollständig. Oberhalb des heutigen Grundsicherungsniveaus, in der Mitte, trägt angesichts der notwendigen Gegenfinanzierung das häufig vorgebrachte Entlastungsargument bei den Arbeitskosten nicht weit. Dazu kann das Bürgergeld zur „Stilllegungsprämie“ werden, weil Weiterbildung, Arbeitsvermittlung etc. entfallen.

Wer soll das bezahlen? Ganz einfach, „Bürgergeld“ kommt vom Bürger: Mehrwert-, Energie-, Einkommensteuer rauf, Haus- und Wohnungsbesitzsteuer und Luxusumsatzsteuer neu, ebenso beim Vorschlag der Linken 110 Milliarden allein aus Börsenumsatz- und Finanztransaktionsabgabe. Und die Erde ist eine Scheibe. Der Regierung bliebe die Selbstaufgabe, denn das Grundeinkommen als Rechtsanspruch wäre irreversibel und kennte bei zu erwartenden Überbietungswettbewerben in Wahlkämpfen nur eine Richtung: Nach oben. Wer wollte 65 Millionen Wahlberechtigten etwas wegnehmen? Politik beschränkte sich auf (Geld-)Beschaffungslegalität. Wenn das die schöne neue Welt sein soll, ist es wirklich Zeit, sich darauf zu besinnen, wie gut es uns in der alten geht – und welche Veränderungen gerade auf dem Arbeitsmarkt in den letzten Jahren möglich und unbestreitbar erfolgreich waren.